

**Postulat Borgula Adrian und Mit. über die Förderung ressourcenschonender Produktion (P 733). Eröffnet am: 14.09.2010 Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement****Antrag Regierungsrat:** Erheblicherklärung**Begründung:**

Der weltweite Verbrauch an nicht erneuerbaren Energien und Ressourcen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Zu den negativen Folgen dieser Entwicklung zählen steigende Rohstoffpreise und globale Umweltprobleme wie die Klimaerwärmung, der Verlust an fruchtbaren Böden oder das Artensterben.

Zentrale Handlungsfelder hin zu einer ökologischeren Wirtschaft sind neue Umwelt- und Energietechnologien. Es geht darum, Güter und Dienstleistungen mit deutlich geringerem Verbrauch an Energie und Rohstoffen herzustellen.

Eine deutsche Untersuchung zeigt, dass die Energie-, Material-, Wasser- und Entsorgungskosten je nach Branche durchschnittlich um rund 5 bis 25 Prozent gesenkt werden können.

Ressourcen schonende Produktion ist ein Teil der Integrierten Produktpolitik (IPP) in Industrie- und Gewerbebetrieben. Ziel dieser Strategie ist, Unternehmen ökoeffizienter zu gestalten und negative Umwelteinwirkungen bei der Herstellung und Verwendung von Gütern zu minimieren. Sie umfasst nicht nur technische Verbesserungen von Produktionsprozessen, sondern auch Produktverbesserungen, häuslicher Umgang oder Ersatz von Rohstoffen und Hilfsmitteln und innerbetriebliches Recycling. Sie zielt darauf ab, Umweltbelastung bereits an der Quelle anzupacken und so dem Vorsorgeprinzip nachzuleben.

Weitweit laufen derzeit Initiativen mit ähnlichen Zielsetzungen wie diejenige der IPP. Die OECD erarbeitet eine vergleichbare Strategie in den Industrieländern. Das übergeordnete Ziel besteht dabei darin, das Wachstum von der Nutzung natürlicher Ressourcen abzukoppeln und die ökologische Markttransparenz zu verbessern. Die Weltkonferenz über nachhaltige Entwicklung von 2012 in Rio de Janeiro soll die verschiedenen internationalen Strategien und Initiativen für eine grüne Wirtschaft bündeln.

Der Bundesrat will die Rahmenbedingungen für eine ökologische Wirtschaft verbessern. Er hat darum im Herbst 2010 verschiedene Departemente mit vertiefenden Arbeiten beauftragt, unter anderem im Bereich neuer Umwelt- und Energietechnologien (Masterplan Cleantech Schweiz). Die Resultate der Arbeiten sind bis Ende 2012 zu erwarten.

Bei Cleantech geht es um Technologien, Herstellungsverfahren und Dienstleistungen, die zum Schutz und Erhalt der natürlichen Ressourcen beitragen. Bis 2020 soll die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch auf ein naturverträgliches Mass reduzieren und im Bereich Cleantech eine führende Position einnehmen. Die Grundidee des Masterplans Cleantech besteht darin, die positive Entwicklung der Unternehmen mit Cleantech-Anwendungen durch einen Schulterschluss zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zu stärken. Der Masterplan formuliert Ziele, definiert Handlungsfelder und leitet Empfehlungen ab. Er will damit Orientierung geben, wie die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz durch Innovationen in Cleantech gestärkt werden kann.

Die Abfallverwertung und das Kreislaufdenken haben im Kanton Luzern schon längere Tradition. Viele Massnahmen wurden schon umgesetzt. Einfache und kostengünstige Massnahmen haben sich erfolgreich etabliert. Galvanikbetriebe gewinnen durch Kreislaufverfahren Metalle zurück, Malereien reduzieren Farbverbrauch und Spülwasser durch simple organisatorische Umstellungen, die Stahl- und Betonindustrie spart dank Optimierung bei den Prozessen viel Wasser.

Viele dieser Verbesserungen wurden ausgelöst dank den schon seit längerer Zeit arbeitenden Betriebs- oder Branchenberatungen durch Fachpersonen der Dienststelle Umwelt und Energie oder von den entsprechenden Branchen selber. Diese Beratungen gilt es fortzuführen und zu vertiefen. Wir erheben verschiedene Möglichkeiten dazu, die teilweise bereits umgesetzt, teilweise noch anzugehen sind.

Kooperationslösungen haben sich bewährt und sind mittlerweile im Kanton fest etabliert. Branchenlösungen, Eigenkontrolle und Beratungen führen zu intensiven Kontakten mit Entscheidungsträgern, fördern die Eigenverantwortung und ermöglichen praxisgerechte Lösungen mit einem sehr guten Aufwand-Nutzen-Verhältnis.

Die Beratungsleistungen der Dienststelle Umwelt und Energie sind bei den Betrieben bekannt und werden auch nachgefragt. Die Verantwortlichen der Betriebe werden für Nachhaltigkeitsgedanken sensibilisiert. Das Prozessverständnis wird gestärkt. Vollzugshilfen wie Merkblätter, Checklisten oder Website enthalten konkrete Hinweise zur Umsetzung. Erfolge und gute Beispiele werden kommuniziert.

Mittelfristig sind weitere Massnahmen vorgesehen, wie methodische Prüfinstrumente für die Beurteilung nachhaltiger Produktionsprozesse, Anreize und Lenkungssysteme. Es soll verhindert werden, dass in ineffiziente Technologien investiert wird. Die Wirtschaft ist in erster Linie selber gefordert. Innovationen bedingen Investitionen und die bergen Risiken. Betriebe müssen bereit sein, diese Risiken zu tragen.

Das Postulat ist im Sinne dieser Ausführungen erheblich zu erklären.